

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchler und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Freitag den 9. Oktober 1931 Nummer 165

Neuer Lohnraub in Sachsen!

5 bis 7 Prozent Abbau der Löhne der sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Papierindustriellen fordern 12 bis 42 Prozent Lohnabbau. Arbeiter und Angestellte, schafft das rote Kampfbündnis gegen Lohn- und Gehaltsraub!

Dresden, 8. Oktober

Das Ministerium des Innern ordnet an:

- Die zweite Hälfte der Septemberbezüge derjenigen Angestellten des Staates, die ihre Bezüge monatlich nachträglich zu erhalten haben, ist am 12. Oktober 1931 zu zahlen.
- Zu dem Tarifverträge für die Arbeiter bei der sächsischen Staatsverwaltung unterstellten Arbeiter, die nach der Lohnstufen 1 u. 2 entlohnt werden, sind für die vom 1. bis zum 10. Oktober 1931 laufenden Lohnwochen die bisherigen Löhne mit der Maßgabe zu zahlen, daß vorbehaltlich endgültiger tarifvertraglicher Regelung von der auf die Lohnwoche entfallenden Gesamtlohnsumme, ohne Sozialzuschläge, in Orten der Ortsklasse A 4 v. S., in allen Orten der Ortsklasse B 5 v. S., in Orten der Ortsklasse C 6 v. S., in Orten der Ortsklasse D 7 v. S. zu kürzen sind.

Der Tarif für die sächsischen Papierarbeiter ist am 30. September abgelaufen. Die Unternehmer fordern nach dem Lohnabbau in diesem Frühjahr bereits wieder einen neuen 12prozentigen Abbau der Löhne. Darüber hinaus wollen die sächsischen Papierfabrikanten einen Ausgleichslohnabbau mit der Konkurrenz, der thüringischen Papierindustrie begründen. Da die thüringischen Unternehmer einen Lohnabbau von 30 Prozent fordern, so bedeutet das, daß die sächsischen Papierindustriellen insgesamt einen mörderischen Lohnabbau von 42 Prozent durchzusetzen wollen.

Demgegenüber muß selbst die bürgerliche Frankfurter Zeitung feststellen, daß die Papierholzpreise um über 50 Prozent gestiegen sind, wodurch die Papiererzeugungsindustriellen ein erhebliches Geschäft gemacht haben. Durch die kapitalistische Nationalisierung wurde die Produktion um über 25 Prozent gesteigert, währenddem gleichzeitig die Zahl der Arbeiter um 8 Prozent zurückgegangen ist. Das zeigt, daß die Papierindustriellen auch glänzende Nationalisierungsgewinne einheimisch haben.

Trotzdem sollen über 25.000 Papierarbeitern in Sachsen die Hungerlöhne erneut gekürzt werden. Die Unternehmer haben bereits den Schlichtungsausschuß in Dresden angerufen um einen Lohnraubdiktat zu lassen. Die Fabrikarbeiterversicherungsbehörde unternimmt gegen dieses neue Attentat auf die Papierarbeiter nichts. Im Gegenteil, die Bonzen werden, wie bei dem Lohnabbau im Frühjahr, scheinrabitale Wahlen drehen und sich dann durch einen Schiedspruch „vergewaltigen“ lassen.

Die Papierarbeiter müssen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Streik organisieren gegen jeden Pfennig Lohnabbau. In Belegschaftsversammlungen muß sofort zu dem drohenden Lohnraubdiktat Stellung genommen und auf der Grundlage der roten Betriebskomitees vorbereitende Kampfmaßnahmen beschlossen werden. Die gemeinsam mit den roten Betriebsräten, revolutionären Vertrauensleuten die Betriebe streikfrei und streikfertig machen.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter, denen ebenfalls nach der ebenstehenden Verfügung des sächsischen Innenministeriums die Löhne um 5-7 Prozent gekürzt werden, müssen mit den Angestellten und den Papierarbeitern das rote Kampfbündnis schließen.

Die sächsischen Textil-, Metallarbeiter und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Dresdener Süßwarenindustrie — insgesamt eine halbe Million sächsischer Arbeiter — stehen vor dem Kampf gegen einen neuen Lohnabbau. Auch für die Angestellten der Metall- und der Textilindustrie usw. sind die Gehaltstabelle zur Durchführung eines neuen Gehaltsabbaues gefündigt.

Unter Führung der KPD und der kommunistischen Partei müssen Arbeiter und Angestellte gemeinsam kämpfen: Gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau! Für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Zurückberührung des alten Lohnes!

Vor einem neuen Lohnraub!

Dresden, 8. Oktober.

Die Pressstelle des Landesauschusses sächsischer Unternehmerverbände teilt mit: Auf Antrag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gau Dresden und Leipzig, hat das Reichsarbeitsministerium für das sächsische Holzgewerbe Ministerialrat Dr. Hauschild, Leipzig, den Schlichter für die Schlichterbezirke Mitteldeutschland und Kreisstadt Sachsen, als Sonderlichter bestellt. Im sächsischen Holzgewerbe besteht seit längerer Zeit, Ministerialrat Dr. Hauschild hat die Parteien für Donnerstag den 15. d. M. zu einer Vorverhandlung nach Leipzig geladen.

Generalangriff der Metallkönige

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, daß alle Tarife der Metallindustrie zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Überall wird die Forderung auf eine weitere 15prozentige Senkung der Löhne gestellt werden.

Es handelt sich also um einen Generalangriff der Unternehmer auf die Löhne der Metallarbeiter. In verschiedenen Gebieten wurden die Lohnsätze bereits gekündigt, so auch zum 30. November für Sachsen.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer machen schon alle Vorbereitungen, um jede Gegenwehr der Metallarbeiter gegen den neuen Lohnabbau zu verhindern. Allein

die KPD organisiert die Gegenwehr. Metallarbeiter, schart euch um die KPD und hört auf ihre Forderungen. Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Brüning in Schwierigkeiten

Berlin, 9. Oktober. (Eig. Meldung.)

Die Verhandlungen über die Umgestaltung des Brüning-Kabinetts haben gestern bis Mitternacht noch zu keinem Ergebnis geführt.

Reichsrath und der ehemalige Reichswehrminister Geyer, diese beiden Ministerkandidaten, sollen, wie die Presse meldet, an ausführender Stelle der Ministerliste stehen. Umgehende Gerüchte wollen davon wissen, daß die Umstellungsversuche Brüning vorläufig gescheitert sind. Einige Ministerkandidaten außer Warthold und Geheimrat Schmitt haben nach einer persönlichen Aussprache die Annahme des Ministerpostens ausgeschlossen.

Es sollen damit die Aussichten für Treviranus in den Vordergrund rücken. Dann wüßten, so heißt es geteilt, abends, die Ministerposten durch Staatssekretäre besetzt werden.

Baradenfiedlung in Dresden

Dresden, 9. Oktober.

Der Rat zu Dresden teilt mit: Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat den Gemeinden empfohlen, den Erwerbslosen Land zu kleinräumiger Nutzung zur Verfügung zu stellen. Einer größeren Anzahl von Erwerbslosen in Dresden und Umgegend ist Land zur Bearbeitung überwiesen worden.

Ferner sind Festreibungen im Gange, entsprechend der Verordnung vom 23. 7. 31 Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst in Gang zu setzen.

Die Zuweisung von Land an die Erwerbslosen bedeutet in der Perspektive die Erziehung eines Teiles der Arbeitslosenunterstützung in Form von Sachleistungen, wie es die Rotenordnung vorsieht. Wenn heute der Dresdner Rat keine Abzüge den landbauenden Erwerbslosen macht, so ist auf Grund der Rotenordnung in Zukunft mit solchen Maßnahmen zu rechnen. Deshalb härtester Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht und Zwangsbedingung der Erwerbslosen auf dem Lande.

Ar. wort auf Brünings Notverordnungs-Diktatur

Rote Mobilmachung in Dresden!

Genosse Selbmann, der Führer der sächsischen Kommunisten entwickelt gegen das Hungerprogramm der „nationalen Selbsthilfe“ das rote Selbsthilfeprogramm der KPD

Dresden, 9. Oktober.

Der getriggerte Generallappell der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen war ein wichtiger Kustakt zum Vorkampf gegen Lohnraub und Notverordnungs-Diktatur. Im überfüllten Reichsballhaus behandelte der Genosse Selbmann, von stürmischem Beifall begleitet,

den Rücktritt der Brüning-Regierung und den Kurs des deutschen Finanzkapitals zur Errichtung der verschärften neuen sächsischen Diktatur.

Dem Hungerprogramm der „nationalen Selbsthilfe“ stellte er das rote Selbsthilfeprogramm der KPD Sachsens gegenüber. Durch die Ausnahmebestimmungen der neuen Notverordnung soll das revolutionäre Proletariat noch mehr geknebelt und die kommunistische Partei verboten werden. Aber der Kommunismus wird noch leben und siegen, wenn von Hugenberg und Hitler kein Stäubchen mehr übrig sein wird! (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion wurde besonders die Verstärkung der Betriebs- und innergemeinschaftlichen Fraktionsarbeit betont. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Selbmann, in dem er die große Bedeutung der Wirtschaftskämpfe und die Organisation von Streiks gegen die Lohnrauboffensive der Kapitalisten behandelte, wurde der rote Generallappell mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Roter Volksentscheid

Braunschweiger Nazi-Regierung am 15. November

Braunschweig, 8. Oktober. Nachdem vor einigen Monaten das kommunistische Volksgesetz gegen die braunschweigische Nazi-Regierung, das die Auflösung des reaktionären Landtages forderte, mit einem überwältigenden Sieg abgeschlossen wurde, hat jetzt die Nazi-Regierung, da der Landtag dem Volksbegehren nicht stattgab, den Volksentscheid für Sonntag den 15. November angelegt.

Die Bankiers für Hitler

Nicht nur die Schwerindustrie, sondern auch das Bankkapital nimmt an der Hugenberg-Tagung teil

Berlin, 9. Oktober. (Eig. Meldung.)

Wie bekannt wird, nehmen an der Tagung der „nationalen Opposition“ am kommenden Sonntag in Stadt Harzburg auch der deutschvolksparteiliche Direktor von Stauch von der Deutschen Bank, sowie die Generale von Seekt und von Pihmann teil. Nachdem bereits bekannt wurde, daß bedeutende Persönlichkeiten der Trustindustrie an der Tagung der „nationalen Opposition“ teilnehmen, nimmt nunmehr auch das Bankkapital, als dessen Freund sich die Hitlerianer offenbaren, teil.

Entscheidende Teile der Schwerindustrie und des Bankkapitals halten angesichts der hungernden Massen die Zeit für gekommen, um die sächsischen Kettenhunde loszulassen und ihre Vertreter in die Regierung zu entsenden. Das ist auch die Ursache dafür, daß Brüning's „Halbbröckchen“-Kabinett bisher an der Bildung gescheitert ist, denn auch die Nationalsozialisten wollen

ihre Vertrauensleute ans Regierungsruder bringen. Tugend ein Eingreifen der Sozialdemokratie ist natürlich nicht zu erwarten. Die SPD hat sich jedoch faktisch schon jetzt zur Unterstützung bereit erklärt.

SPD für Stahlhelmminister

Ul. Berlin, 9. Oktober.

Wie die DNZ meldet, wird der Reichszugler am Freitag vormittag unter anderem Dr. Böcker, Dr. Silverberg und Dr. Schmitz empfangen. Der „Tag“ berichtet ebenfalls, daß der Reichszugler auch daran gedacht hat, Treviranus zum Innenminister zu ernennen. Eine Fühlungnahme mit der sozialdemokratischen Partei habe ergeben, daß die Sozialdemokratie gegen einen Reichsinnenminister Treviranus keinen Einspruch erheben werde.